

Klares Votum für Nicolette Kressl



„Bildungspolitik nicht vernachlässigen“: Nicolette Kressl kandidiert erneut bei der Bundestagswahl.
Foto: M. Gernsbeck

VON MARCUS GERNSBECK

Bühl – Der lang anhaltende Applaus der Sozialdemokraten nach der Rede von Nicolette Kressl nahm das Wahlergebnis vorweg: Ohne Gegenstimme wurde die 50-jährige Politikerin von der Delegiertenversammlung der Kreis-SPD zur Kandidatin für den Bundestagswahlkampf im kommenden Jahr gewählt.

Die Delegierten des Kreisverbands Rastatt/Baden-Baden/Murgtal/Bühl schicken mit 53 Ja-Stimmen und einer Enthaltung Nicolette Kressl mit einem klaren Votum der Basis in den

Wahlkampf. Seit 1994 sitzt die 50-Jährige für die mittelbadische SPD im Bundestag und seit November 2007 ist sie Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesfinanzminister.

Ein Schwerpunktthema ihrer politischen Arbeit werde die Bildungspolitik sein, kündigte Kressl an. Denn trotz aller wichtigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktfragen, die derzeit stark im Fokus stünden, dürfe dieses Thema nicht vernachlässigt werden. Das Programm für Ganztagschulen nannte Kressl ebenso ein Erfolgsmodell der SPD wie das Elterngeld, das dazu geführt habe, dass heute drei Mal so viele Männer Elternzeit

nehmen als noch vor wenigen Jahren.

Kressl betonte, dass sie sich dafür einsetzen werde, dass das Recht auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Lebensjahr im Jahr 2014 eingeführt werden kann. Der Bund wolle den Kommunen insgesamt 770 Millionen Euro dafür zur Verfügung stellen. Damit sollen Eltern frei wählen können, wie sie Familie und Beruf vereinbaren. „Es gehört zu den Kernaufgaben der Politik, Menschen freie Entscheidungen zu ermöglichen“, so die Bundestagsabgeordnete.

„Wir werden uns auch weiterhin für Mindestlohn in einzel-

nen Branchen einsetzen“, schnitt Kressl in ihrer Rede ein weiteres Thema an. Es sei „unerträglich“, dass Menschen, die Vollzeit arbeiten, noch zusätzlich auf staatliche Hilfe angewiesen seien. In der mittelbadischen Region, die stark von der Automobilbranche abhängig sei, erwartet Kressl „schwierige wirtschaftliche Zeiten“.

Im Hinblick auf die aktuelle Finanzmarktkrise rechtfertigte Kressl die Entscheidung der Regierung, in Not geratene Banken zu stützen. Es sei dabei vor allem darum gegangen zu gewährleisten, dass auch zukünftig mittelständische Betriebe mit Krediten versorgt werden.